Der Bau gesichert.

Berlin, 15. November. Die Grundstimmung, die heute abend nach dem vierstündigen ersten Teil der Debatte über den Panzerkreuzer in den Wandelhallen des Reichstages vorherrschte, ist, daß der Panzerkreuzer A nunmehr gesichert erscheint. Unter dem Drucke der immer mehr dahingeschwundenen Aussichten des sozialdemokratischen Streichungsantrages schwenkte in den Nachmittagsstunden auch die demokratische Fraktion auf das Gegenteil ihrer Haltung um. Sie hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung ersucht wird, ein in sich geschlossenes militärisch begründetes Ersatzbauprogramm für die ausfallenden Schiffe der Marine aufzustellen, das eine Uebersicht über die Bedeutung der Forderungen für die Landesverteidigung und die finanzielle Tragweite ermöglicht und dieses Programm vor der Beschlußfassung über die zweite Rate des Panzerkreuzers A dem Reichstag vorzulegen. Die Demokraten werden daher gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag nach der Reichstagssitzung mit dem Verlauf der Aussprache über den Panzerkreuzerbau. Es kam allgemein eine recht starke Mißstimmung über die Art des Auftretens des sozialdemokratischen Abgeordneten Wels zum Ausdruck. Die Zentrumsfraktion wird mit Ausnahme einiger weniger Mitglieder, die sich der Stimme enthalten, geschlossen gegen den Antrag der Sozialdemokraten stimmen.

Poincarés neues Programm.

Langwierige Reparationsverhandlungen.

Das neue französische Kabinett hat sich nunmehr dem Parlamente vorgestellt. In der Kammer verlas Ministerpräsident Poincaré die Regierungserklärung. Ohne auf die Zwischenfälle, die der Bildung des Kabinetts vorausgegangen sind oder sie gekennzeichnet haben, anzuspielen, setzte er ziemlich kurz das Programm der neuen Regierung auseinander. Vor allem — so führte er aus — müsse die

Finanzsanierung

restlos durchgeführt werden. Deshalb sei an erster Stelle die Verabschiedung des Budgets vor Ende des Jahres unter strengster Wahrung des Budgetgleichgewichts notwendig. Unter diesen Vorbehalten sei die Regierung bereit, sich mit dem Finanzausschuß der Kammer über gewisse Steuerermäßigungen zu einigen. Was die Militär- und Marinekredite angehe, so werde die Regierung weitere Abstriche vorzunehmen versuchen. Die Bestimmungen über die Zulassung religiöser Orden und Missionsgesellschaften wolle die Regierung aus dem Einnahmebudget herausnehmen, um jede Verzögerung in der Verabschiedung des Budgets zu vermeiden; sie behalte sich aber vor, sie bei einer Zusatzkreditvorlage im Laufe der gegenwärtigen Session wieder einzubringen.

Die außenpolitischen Probleme würden in ganz besonderem Maße die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehmen. Die wegen Regelung der Reparationsfragen und interalliierten Schulden eingeleiteten Verhandlungen würden lange dauern und schwierig sein; die Zukunft des Landes sei, zum wenigsten für eine Generation, an ihr Ergebnis gebunden. Es komme alles darauf an, daß die Regierung, die diese Verhandlungen mit dem festen Entschluß, sie zum Abschluß zu bringen, unternehme, sie mit der vollen wünschenswerten Autorität fortsetzen könne.

Der Ministerpräsident richtete dann einen Appell an die Kammer, in dem er sämtliche republikanischen Elemente des Hauses bat, dem neuen Ministerium das Vertrauen zu schenken. Im Senat wurde die Regierungserklärung vom Justizminister Barthou verlesen.

*

Was Poincare wirklich gesagt hat.

Paris, 15. November. Ueber die Reparationsfrage hatte sich Ministerpräsident Poincare in seinen Ausführungen vom Donnerstag nachmittag vor der Kammer ausführlicher geäußert als dies der amtliche Bericht wiedergegeben hatte. Folgende wesentlichen Gedankengänge seien deshalb noch nachgeholt bezw. ergänzt: „Ich halte mich" so führte Poincare aus, „für verpflichtet, Ihnen einige Worte über die Verhandlungen zu sagen, die in der Reparationsfrage geführt werden. Die neue Regierung hat sie dort aufgenommen, wo sie von der alten abgebrochen wurden und führt sie in demselben Geiste weiter fort. Auch in dem gleichen Geiste, den die Friedensverträge vorschreiben. Briand hat bereits Gelegenheit gehabt, die Stellung Frankreichs darzulegen. Ich habe dies auch meinerseits getan. Ich habe darauf hingewiesen, daß Frankreich die Verhandlungen in der Hoffnung begonnen hat, sie zu einem guten Ende zu führen. Es hat das Prinzip der unabhängigen Sachverständigen angenommen, doch konnte sich die Regierung mit keiner Regelung einverstanden erklären, die nicht die französischen Schulden an die Vereinigten Staaten und an England berücksichtigt. Gleichwohl haben wir uns für die Zukunft nicht gebunden, und ich richte auch keineswegs die Aufforderung an sie, Ihre Entscheidung in dieser Richtung zu ändern, denn ich halte mich selbst an die Erklärungen, die ich bereits früher gemacht habe. Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Poincare auf die Reparationsverhandlungen zurück und fügte hinzu, es sei zu hoffen, daß die Vereinigten Staaten nicht an der Sachverständigenfrage desinteressiert seien, die im übrigen keine einzige Regierung festlege. Wir werden diese Verhandlungen in der lebhaften Hoffnung führen, daß sie zu einem guten Abschluß gelangen. Wenn die Verhandlungen mißlingen sollten, so wird dies nicht die Schuld Frankreichs sein. Wir werden alles tun, um sie zu einem Erfolg zu führen und glücklich sein, wenn aus ihnen ein starker und hoher Frieden entspringt.

Die Reparations-Sachverständigen im Dezember in Berlin?

London, 15. November. Von maßgebender englischer Seite verlautet, daß zwar die Reparationsvorbesprechungen zwischen den Alliierten noch andauern und endgültige Entscheidungen nicht getroffen seien, es aber als sicher angesehen werden könne, daß die Sachverständigen zunächst in Berlin zusammentreten werden. Die Aufnahme der Besprechungen wird, wie man annimmt, im nächsten Monat oder, wenn unvorhergesehene Verzögerungen eintreten sollen, kurz nach Neujahr erfolgen. Man rechnet weiter ernsthaft mit der Möglichkeit, daß die britische Abordnung von Churchill geführt wird, wenn die parlamentarischen Pflichten sein Abkommen erlauben sollten.

Ein neuer Krater des Aetna.

Rom, 15. November. Im Hauptquartier der Hilfeleistungsmaßnahmen in Giarre herrscht große Aufregung. In der Bevölkerung verbreitet sich das Gerücht, daß sich am Hang des Aetna, 50 Meter von Naco entfernt, bei Aisto ein neuer Krater gebildet habe. Bei Anbruch des Morgens lag bereits die Bestätigung der Unheilbotschaft vor. Aus dem neuen Krater strömte mit ziemlicher Geschwindigkeit feurigflüssige Lavamasse und vernichtete ausgedehnte Weinkulturen, die bisher von der Tätigkeit des Aetna verschont geblieben waren. Möglicherweise könnten auch neue Siedlungen, die bisher unversehrt blieben, von dem Lavastrom bedroht werden.

Wie die „Vestris" sank.

Von Helden und Feiglingen.

Von der Reederei Lamport u. Holt in Newyork wurde die erste amtliche Erklärung über den Untergang des Dampfers „Vestris" gegeben. Danach kamen infolge des hohen Seeganges in Kisten verpackte Kraftwagen ins Rutschen, stießen gegen eine Stahlwand, die sie eindrückten, und fielen nach der Steuerbordseite des Schiffes, das sich dann nach dieser Seite neigte. Die Bundesbehörden scheinen besonders folgende Punkte untersuchen zu wollen: Unterlassung des rechtzeitigen Hilfsnachsuchens, verspätetes Verlassen des Schiffes, Unterlassung rechtzeitiger Warnung der Passagiere, schadhafte Rettungsboote und Ausrüstung, schadhafte oder nicht geschlossene Schotten, schlechte Führung der Rettungsboote, Betragen eines Teiles der Mannschaft, die Ertrinkenden Hilfe verweigerte. Die Angaben der Passagiere widersprechen sich teilweise und neben Fällen größter Pflichtvernachlässigung werden solche des Heldenmuts angeführt.

So berichten Passagiere über zahlreiche Heldentaten der Mannschaft. Der Quartermaster Licorica, unter dessen Kommando das Rettungsboot 14 stand, habe allein 20 Personen gerettet. Er sprang wiederholt ins Meer, um hilflos treibende Passagiere zu retten und um die dem Boot fehlenden Ruder zu beschaffen. Der Telegraphist O'Loughlin blieb, bis zum letzten Augenblick den Hilferuf aussendend, an seinem Apparat und ist mit dem Schiff versunken. Der Passagier Dana und die Stewardeß Clara Ball trieben 24 Stunden an Wrackstücke geklammert auf dem Meer, ehe sie gerettet wurden.

Es bestätigt sich ferner, daß der Kapitän der „Vestris" mit seinem Schiff untergegangen ist. Er hatte es abgelehnt, einen Rettungsversuch zu unternehmen.

Bei der Katastrophe ist von den Verheirateten an Bord des Dampfers nur ein Ehepaar gerettet worden. In allen anderen Fällen sind entweder der Mann oder die Frau ums Leben gekommen.

Wohnungsfragen vor dem Landtag.

(92. Sitzung.) CB. Dresden, 15. November.

Auf der Tagesordnung der Sitzung stehen in der Hauptsache Wohnungsfragen. Hierzu liegen sechs Anträge und eine Anfrage vor. Zunächst wird über einen kommunistischen Antrag verhandelt. Dieser verlangt Streichung des § 91 des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung an die Ausgesperrten in der nordwestdeutschen Eisenindustrie.

Abg. Rosch (Komm.) bespricht in seiner Begründung des Antrages ausführlich den Lohnkampf im Ruhrgebiet. Die kämpfende Arbeiterschaft solle durch Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung mit einer Hungerkur niedergezwungen werden.

Abg. Graupe (Soz.) verteidigt die Haltung der Sozialdemokraten im Ruhrkampf gegenüber den kommunistischen Angriffen und erklärt zum Schluß, seine Partei könne den kommunistischen Antrag nicht unterstützen, da dieser darauf hinauslaufe, die Arbeiter aus den Gewerkschaften zu ziehen.

Der kommunistische Antrag wird hierauf an den Haushaltsausschuß B verwiesen.

Zur zweiten Beratung stehen sodann ein sozialdemokratischer Antrag auf Änderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei den bebauten Grundstücken und ein Antrag der Mittelstandsparteien, der ebenfalls eine Änderung dieses Gesetzes verlangt. Der Rechtsausschuß (Berichterstatter Abg. Nebrig (Soz.)) schlägt die Ablehnung beider Anträge vor und beantragt, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei Neuregelung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich keine Verschlechterung gegenüber dem jetzt bestehenden Zustande der Länder eintrete.

Finanzminister Weber: Wenn das Finanzministerium im Ausschuß erklärt habe, daß eine Erweiterung des § 4 des sächsischen Mietzinssteuergesetzes nicht möglich sei, so sei dies im Interesse der Minderbemittelten geschehen, die durch den § 4 geschützt werden. Die Reichsregierung bestreitet die Rechtsgültigkeit des § 4 und würde wahrscheinlich bei einer Erweiterung der Befreiungsbestimmungen den ganzen § 4 anfechten.

Abg. Enterlein (Wirtschaftspartei) vertritt einen Antrag seiner Partei, die Befreiungsvorschriften des § 4 auch auf die gewerblichen Räume auszudehnen.

Abg. Nöllig (D. Vp.) weist daraufhin, daß die sächsischen Bestimmungen für die Minderbemittelten die günstigsten seien. Seine Partei werde dem Antrag Enterlein zustimmen.

Auch Abg. Tittmann (Nat.-Soz.) tritt für den Antrag Enterlein ein und verlangt völlige Beseitigung der Mietzinssteuer. — Die Anträge finden schließlich in der Fassung des Ausschusses Annahme. Auch der Antrag Enterlein auf Ausdehnung der Befreiungsvorschriften wird mit 43 gegen 42 Stimmen angenommen. Gegen den Antrag stimmen die Kommunisten, Linkssozialisten und Altsozialisten.

Die nächsten fünf Punkte der Tagesordnung wurden gemeinschaftlich behandelt. Abg. Gerlach (Soz.) begründet den Antrag seiner Partei auf Aufhebung der Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft.

Abg. Müller-Planitz (Soz.) legt eine Anfrage seiner Partei vor, ob es richtig sei, daß eine nachträgliche Erhebung der auf Grund der Stundungsverordnung vom 30. März 1923 gestundeten Beträge nicht beabsichtigt sei.

Finanzminister Weber bemerkt zu dem sozialdemokratischen Antrage: Nachdem nunmehr als sicher gelten könne, daß das Reichs-Gebäudeentschuldungssteuergesetz am 1. April 1930 in Kraft treten werde, würde das Gesamtministerium zu dem Gesetzentwurf demnächst Stellung nehmen, so daß der Entwurf alsbald dem Landtage zugehen würde. Ein Erlaß der gestundeten Steuern liege nicht vor, es sei denn, daß der Landtag die Stundung in einen Erlaß umwandele.

Hierauf begründet Abg. Fritzsche (Dtn.) einen Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, die Verordnung dahingehend zu erlassen, daß neue Belastungen der Grundstücke durch Gebühren oder Abgaben (Straßenreinigung oder Feuerlöschabgaben, die in der Friedensmiete nicht enthalten sind) auf die Mieter umgelegt werden können.

Im Laufe der weiteren Verhandlungen des Landtages begründet Abg. Dennhardt (Soz.) einen Antrag seiner Partei, der sich mit den Siedlungsbauten der Gemeinden Gr. Zschepa und Zwochau bei Wurzen befaßt. Er behauptet, dort seien unter Mitwirkung der Amtshauptmannschaft Grimma Wohnungen errichtet worden, um im Interesse der dortigen Steinbruchunternehmer Arbeiter seßhaft zu machen.

Ministerialdirektor Dr. Kittel erklärt zu dem Antrag, bei der Siedlung Zwochau sei eine nicht unerhebliche Überschreitung der Kosten entstanden, die zu ernstlichen Schwierigkeiten führten. Um diese Schwierigkeiten zu beheben, habe sich der Bezirksverband entschlossen, jedes der ursprünglich geplanten Einfamilienhäuser zu einem Zweifamilienhaus umzugestalten. Zur Deckung der Mehrkosten hätte der Bezirksverband und auch das Arbeitsministerium weitere Mittel bewilligt. Es seien mit einem Aufwand von 255 000 Mark aus öffentlichen Mitteln 60 Wohnungen erstellt worden. Während bei der Siedlung Zwochau die Mietverträge durchaus in Ordnung seien, hätten die Mietverträge bei der Siedlung Zschepa eine Bedingung enthalten, die die Wohnungen zu Werkswohnungen machten. Die Leitung der Siedlung habe sich sofort bereit erklärt, die beanstandete Bestimmung aus den Mietverträgen zu entfernen.

An der Aussprache beteiligten sich die Abgg. Siegel (Komm.), Mucker (Soz.), Härtel (D. Vp.) und Schlabebeck (Dtn.). Die Anträge werden hierauf an den Rechtsausschuß bzw. an den Haushaltsausschuß verwiesen.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 22. November.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff, am 16. November 1928.

Merkblatt für den 17. November.

Sonnenaufgang	7^{21}	Mondaufgang	12^{03}
Sonnenuntergang	16^{00}	Monduntergang	19^{00}

1906: Erlaß Kaiser Wilhelms II. über die Fortsetzung der sozialen Gesetzgebung.

Das Leben ohne Poesie.

Von der Prosa des Lebens spricht man so oft, und fürwahr! unser Leben ist nüchtern geworden, nüchtern und nur auf das Praktische, auf das Nächstliegende, auf das Alltägliche gerichtet. Wer hat in dieser ernsten Kampfzeit, in der jeder mühselig um die Heranschaffung und die Erhaltung der „Gegenstände des täglichen Bedarfs", wie das so trocken heißt, ringen muß, noch übermäßig viel Zeit, sich auf Romantisches und Poetisches zu besinnen, sich in Lyrisches zu vertiefen, sich mit Dichtung zu befassen, soweit sie nicht „Theater", Erholung in geschäftsfreien Abendstunden ist? Es herrscht eine geradezu erschreckende Gleichgültigkeit gegen dichterische Werke und darunter leiden nicht nur die Schöpfer dieser Werke in ideeller und materieller Hinsicht, sondern werden letzten Endes und weit mehr noch wir selbst leiden, weil wir bei solchem aller Poesie baren Leben immer mehr verflachen müssen. Walter von Molo, der vielgenannte Dichter, der vor kurzem zum Vorsitzenden der Sektion für Dichtkunst bei der Preußischen Akademie der Künste gewählt wurde, macht in einer Kundgebung, die weiteste Verbreitung finden sollte, auf die große Gefahr aufmerksam, die unsere Kultur durch diese täglich wachsende Geringschätzung rein dichterischer Erzeugnisse in der Wurzel ihres Lebens bedroht. Nachdrücklich ruft er alle, die an Gefüge und Werk der Gesamtheit arbeiten und die mit ihrer Arbeit nicht nur das tägliche Leben fristen, sondern einen menschlichen Sinn in ihre Tätigkeit legen möchten, zur Umkehr auf. An die Jugend ergeht der Ruf, an die heranwachsende Generation, aber auch an die Alternden, die im Streit und Leid des Tages noch nicht allen Sinn für das Schöne, für das Höhere und Hehre verloren haben. Wenn breite Massen des Volkes hinfort noch mehr als jetzt auf die Dichtkunst verzichten sollten, würden Gegenwart und Zukunft nicht nur eines wichtigen Erziehungsmittels, sondern auch der mächtigsten Versöhnerin der in sich und untereinander getrennten Völker beraubt werden. Man unterschätze diese Mahnung eines Berufenen nicht und lege sie nicht achtlos beiseite! Wir dürfen und sollen, wenn es sich um ideale Güter, um des Volkes geistigen Besitz handelt, nicht fragen: „Was nützt es? Was schaut dabei heraus?" Wenn der Vorteil auch nicht „greifbar", nicht mit den Händen faßbar ist, so sollten wir doch immer wieder bedenken, daß wir einen großen Teil dessen, was wir als Volkstum darstellen, der hohen Entwicklung unserer Dichtkunst zu verdanken haben, und daß **wir den hohen Ruf eines Volkes der Dichter und Denker nicht nur ererben, sondern auch erwerben müssen, um ihn wirklich zu besitzen.**

*

Der Schulausschuß der Verbandsberufsschule kam an den letzten beiden Donnerstagen nachm. 5 Uhr zu öffentl. Sitzungen unter Leitung des Herrn Bürgermeister Dr. Kronfeld im Lehrerzimmer der Volksschule zusammen. Als einziger Punkt stand beide Male die Wahl des Berufsschulleiters auf der Tagesordnung. Sie hatte bereits zur Zeit der großen Ferien einmal den Ausschuß beschäftigt, war aber vertagt worden. Nun hatte sich der Berufsschulvorstand mit ihr befaßt, an den Herr Oberlehrer Schneider ein Schreiben gerichtet hatte, daß er aus gesundheitlichen Gründen eine Wahl als Schulleiter nicht wieder annehmen könne. Es blieb deshalb nur Herr Diplom-Ing. Schwankl übrig, den der Schulvorstand zur Wahl empfahl. Herr Schwankl ist zwar jetzt nur 15 Stunden hier und die andere Zeit an der Technischen Hochschule in Dresden beschäftigt, doch hofft man, daß er von Ostern ab seine ganze Kraft in den Dienst der hiesigen Berufsschule stellt. Aus diesem Grunde wollte man erst auch die Wahl nur bis Ostern vornehmen. Herr Bürgermeister Stiegler-Kesselsdorf empfahl deshalb, Herrn Oberlehrer Schneider die wenigen Monate mit der provisorischen Weiterführung der Leitung zu betrauen, vielleicht werde inzwischen auch die dritte ständige Lehrerstelle genehmigt. Darauf setzte Herr Bürgermeister Dr. Kronfeld keine große Hoffnung. Das Volksbildungsministerium würde vielleicht zustimmen, aber das Finanzministerium mache sicher wieder einen Strich durch. Schließlich wurde gewählt, es ergab sich Stimmengleichheit und das Los mußte entscheiden. Nachträglich stellte sich aber heraus, daß dabei ein Irrtum unterlaufen war, deshalb mußte die Wahl gestern wiederholt werden. Man kam davon ab, nur bis Ostern zu wählen, weil das Gesetz die Wahldauer von 3 Jahren vorschreibt und man kaum mit einer Ausnahmegenehmigung trotz der besonders gearteten Verhältnisse rechnen konnte. Der Schulvorstand schlug deshalb vor, Herrn Diplom-Ing. Schwankl auf drei Jahre zum Berufsschulleiter zu wählen. Andere Vorschläge wurden nicht gemacht. Bei der Abstimmung wurden 6 Zettel für Herrn Schwankl, einer für Herrn Schneider und ein weißer abgegeben. Herr Diplom-Ing. Schwankl ist also für die nächsten 3 Jahre zum Leiter der hiesigen Verbandsberufsschule gewählt.

Missions-Vortrag. Der für heute abend 8 Uhr im „Adler" angesetzte Vortrag des Herrn Pfarrer Richter über die Mission in Afrika kann auch von Gemeindeangehörigen besucht werden, die dem Frauenverein nicht angehören. Alle Missionsfreunde sind herzlich willkommen.

Lieder- und Theaterabend. Es sei auch an dieser Stelle noch einmal auf den Lieder- und Theaterabend des Gesangvereins „Anakreon" am nächsten Sonntag im Adler aufmerksam gemacht. Der Verein wird unter Gerhardts Leitung außer anderen Chören, auch einige von Franz Schubert bringen. Frau Grete Ranft singt mehrere schöne volkstümliche Lieder Schuberts am Klavier. Der Schluß des 1. Teils bringt zwei anspruchsvolle Chöre mit Klavierbegleitung. Auch Freunde des Theaterspiels kommen auf ihre Rechnung und werden sich an einem sehr heiteren Lustspiel erfreuen können. Die Veranstaltung beginnt 7 Uhr. Der Eintritt beträgt einschließlich Steuer nur 1 Reichsmark. Eintrittskarten sind im „Adler" und bei den Vereinsmitgliedern zu haben.

SLUB
Wir führen Wissen.
Heimatmuseum
der Stadt Wilsdruff
WILSDRUFF